

Erinnerung ist und bleibt auch eine Zumutung

Strassennamen und Denkmäler halten dem moralischen Empfinden nicht ewig stand. Die Geschichte ist voller Zumutungen. Es ist jedoch eine Illusion, sie einfach entsorgen zu können. Gastkommentar von Florian Coulmas

Um die Ecke ist die Franklinstraat. Sie schneidet die Columbusstraat, die wiederum auf den Suezkade mündet. Etwas weiter weg ist die Prins Mauritslaan. Das berühmteste Museum der Stadt ist das Mauritshuis.

Den Haag ist voll von Strassennamen und anderen Monumenten, die Helden der Geschichte gewidmet sind. Die Prins Mauritslaan erinnert an denselben Mann wie das Mauritshuis, in dem der tatkräftige Prinz einst wohnte. Franklinstraat erinnert an Benjamin, Gründervater der USA und Elektriker; Columbusstraat an Christoph, den Atlantiksegler, und der «Suezquai» selbstredend an den Kanal.

Wer Prinz Mauritiz war, weiss in den Niederlanden jeder, wenn auch nicht unbedingt, was er so alles getrieben hat. Zum Beispiel, dass er, ausser die Westindische Kompanie gross zu machen und eine Kolonie in Brasilien zu gründen, auch aktiv am Sklavenhandel beteiligt war. (Im Mauritshuis wird das allerdings unter einem Porträt von ihm vermerkt.)

Die Beteiligung am Sklavenhandel hat Mauritiz mit Benjamin Franklin gemein, der beim Redigieren der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung offenbar nicht daran dachte, dass die dort proklamierte Gleichheit aller Menschen auch solche schwarzer Hautfarbe einschliessen könnte. Gewiss waren das nicht die Gründe, Strassen nach diesen Männern zu benennen, ebenso wenig wie das Leid der Zwangsarbeiter, die den Suezkanal aus hoben, oder die Ausrottung der lokalen Bevölke-

rung in der Karibik, zu der die vier Expeditionen von Kolumbus führten. Aber könnten es vielleicht Gründe sein, sie umzubenennen?

Wer ist der Nächste?

Nach Edward Colston (1636–1721) wird einstweilen keine Strasse mehr benannt werden. Sein Standbild liegt jetzt im Hafen seiner Heimatstadt Bristol, wohin es Demonstranten im Zuge der Anti-Rassismus-Proteste nach dem Tod von George Floyd verfrachtet haben. Denn auch er war ein grosser Kolonisator und Sklavenhändler.

Wer noch?, fragt man sich sogleich. In London wurde ein Standbild von Winston Churchill mit der Aufschrift «was a racist» ergänzt. Und das Standbild Leopolds II., des Tyrannen vom Kongo, in Brüssel hat seit kurzem rote Hände, denn Blut klebt an seinen Fingern. Historiker widersprechen diesen Einschätzungen nicht. Sollten deshalb alle «Churchill Streets» und «Leopoldstraten» in England und Belgien umbenannt werden? Viele Iren würden dem ebenso emphatisch zustimmen wie Menschen in ehemaligen britischen und belgischen Kolonien. Nicht jedoch der britische Premierminister, der noch kürzlich wissen liess, wie froh Indien sein könne, Teil des britischen Empire gewesen zu sein.

Das Beispiel illustriert die Vieldeutigkeit der Geschichte und wie sie sich mit der Zeit verän-

dert. Nicht nur das zu erinnern, was ihnen gefällt, fällt vielen Menschen schwer. Strassennamen der erwähnten Art vermischen Erinnerung und Verehrung. In eklatanten Fällen wird das anstössig, und Strassen, Standbilder und Monumente werden umbenannt oder weggeräumt.

2015 wurde ein Standbild von Cecil Rhodes vom Campus der Universität von Kapstadt entfernt, denn in den Augen der Studierenden war der Gründer von Rhodesien – heute Simbabwe – ein Ausbeuter und Rassist. In einer Stalinallee will niemand mehr wohnen, und Karl-Marx-Stadt ist wieder Chemnitz, wo manch einer froh ist, dass die Rechte (noch?) nicht stark genug ist, um eine «arische» Strasse so zu benennen.

Kritik ernst nehmen

Je weiter wir in der Geschichte zurückgehen, desto entspannter flanieren wir auf den Strassen der Erinnerung; auf dem Richard-Löwenherz-Weg in Annweiler zum Beispiel, obwohl dieser Kreuzfahrer ohne viel Federlesen Gefangene umbringen liess und auch sonst kein Heiliger war.

Persönlichkeiten der jüngeren Vergangenheit sind problematischer. Die Namen Churchill, Leopold II., Cecil Rhodes, Edward Colston und manch andere verweisen auf einen Aspekt der Geschichte, der nicht nur unsere heutigen Wertvorstellungen verletzt, sondern auch Spuren hinterlassen hat, die noch immer schmerzhaft spürbar sind, nämlich die strukturelle rassistische Diskriminierung als koloniales Erbe.

Symbolische Akte wie die Beseitigung von Statuen und die Umbenennung von Strassen und Plätzen ändern zunächst nichts an der gesellschaftlichen Wirklichkeit, aber dass entsprechende Forderungen von denen erhoben werden, die sich als Leidtragende und als solche gekränkt oder beleidigt fühlen, ist Grund genug, sie ernst zu nehmen. Wenige Menschen sind nur Engel oder nur Teufel. Jemanden als Namensgeber in Anspruch zu nehmen, ist deshalb riskant. Die Risiken durch regelmässige Akzeptabilitätsüberprüfung für Strassennamen zu minimieren, wäre recht aufwendig. Nur «Birkenstrasse», «Kastanienallee», «Tannenweg» usw. wäre recht langweilig. Manhattan bietet einen weiteren Ausweg, wobei man nicht weiss, ob die blosse Nummerierung der Strassen dort auf Mangel an Helden, Phantasielosigkeit oder weise Voraussicht zurückzuführen ist. Und schliesslich finden wir noch eine elegante Lösung in Tokio, wo fast keine Strasse einen Namen hat und stattdessen Häuser, Blocks und Stadtteile nummeriert sind. Auch dort kommt man irgendwie zum Ziel.

Florian Coulmas ist Professor für japanische Gesellschaft an der Universität Duisburg-Essen.

Nicht nur das zu erinnern, was ihnen gefällt, fällt vielen Menschen schwer.

Die Tötung des Schwarzen George Floyd hat in den USA und darüber hinaus ein hohes Mass an Wut und Krawall ausgelöst. Als markanter Schauplatz dieser Entwicklung ragt die Gewalt vieler Polizeieinsätze hervor. Diese folgen offensichtlich entweder auf Eskalationen oder lösen selber solche aus. Es mag noch dahingestellt bleiben, wie im Einzelnen das eine zum anderen führt. Schon jetzt kochen Diskussionen über einen institutionalisierten Rassismus hoch. Polizeiposten werden geschlossen, Statuen gestürzt. Fast scheint es so, als entgrenze sich der Zorn der Menge. Doch abseits hitziger Erregung: Welche Beobachtungen zum Geschehen sind bis jetzt zu notieren? Hier zwei Vorschläge: zur Gewalt der Masse und zu jener in den polizeilichen Handlungen.

Urpötlische Entladung

Zunächst zur Bildung massenhafter Gewalt. Gustave Le Bon, ein französischer Mediziner und Sozialpsychologe, hat bereits 1895 in seiner «Psychologie der Massen» herausgestellt, dass sich bei grösseren Ansammlungen von Menschen gern eine Eigendynamik entwickelt, durch die es zur urpötlischen Entladung von Aggression und exzessiven Übergriffen kommt. Danach werden vor Ort Beteiligte unmittelbar motiviert und in gegenseitiger Aufwiegelung mitgerissen.

Die Beteiligten befinden sich von Sinnen in einem rauschartigen Zustand. Grölen, Schreien oder Jubeln erinnern an einen geradezu animalischen Aufstand. Wird das Geschehen als sehr bedrohlich oder ungerecht empfunden, kommt es zu in der Psychologie gut studierten Brutalitäten im Affektverhalten: Menschen verziehen ihr Gesicht, pressen Lippen und Zähne aufeinander und werden in einer Weise unkontrolliert tätlich, die sie sonst schaudern liess. Ausgangspunkt können positiv wie negativ empfundene Erregungsimpulse sein: Reden und Aufmärsche, Proteste, Diskriminierungen und Verbrechen.

Derartige Eskalationen sind freilich nur dann zu erwarten, wenn genügend Potenzial zur Emotionalisierung vorhanden ist. Dieses Potenzial kann sich latent aus Anspannung, Abneigung und Angst speisen und dann, eben im Schutz der Masse, zur Entfaltung kommen. Der Basler Soziologe Axel T. Paul

Fall Floyd: Polizeikultur und Massendynamik

Die Tötung von George Floyd hat in den USA zu einer breiten Eruption von Gewalt geführt. Die Bilder der Verrohung sind für Europäer schwer zu fassen. Beobachtungen zu den Härten ungeschriebener Gesetze. Gastkommentar von Marcel Schütz

spricht von einer Aufhebung der Normalität, die dazu befähigt, einem ungestraften Verstoß gleich den nächsten folgen zu lassen. In einer tatsächlich chaotischen Lage kann die Differenz von Recht und Unrecht so völlig verblassen. Weitere Gruppierungen wie etwa Banden und politische Aktivistinnen können sich dem Geschehen anschliessen, die Menge zusätzlich aufheizen und sich umgekehrt von dieser weiter motiviert fühlen.

Homogenität und Entschiedenheit

Zur Frage der Polizeigewalt sind zwei Aspekte hervorzuheben, welche die Rekrutierung betreffen. Zum einen werden Polizisten in den USA häufig aus Familien und dem lokalen Umfeld aktiver Polizisten herangezogen, wodurch sich regelrechte «Polizeifamilien» entwickeln können. Zum anderen bilden Militärveteranen eine weitere grössere Quelle der Personalbeschaffung. Beide Herkünfte

bringen spezielle Stile in den Polizeidienst. Eine gewisse Homogenität und Entschiedenheit im Verhalten, gestützt von Vorerfahrung und Korpsgeist der ähnlich kameradschaftlich sozialisierten Polizisten, liegt nahe. Auch dass in den USA die Hand manchmal schneller an der Pistole liegt, als es für deutsche oder Schweizer Beamte zulässig erschiene, ist keine Phantasie von Actionfilmen. Eine falsche Bewegung kann tödlich enden. Es gibt teilweise sehr kompakte Ausbildungen und einen gerichtlich anerkannten Ermessensspielraum. Eine «qualified immunity» schützt bis zu einem gewissen Grad vor juristischer Ahndung.

Heutige Polizeikörpers, das gilt zumindest für westliche Demokratien, sind keineswegs von Natur aus militante oder militarähnliche Einrichtungen. Im Gegenteil. Armeen sind auf Feindabwehr und direkten Angriff spezialisiert, Polizisten auf Ermittlungs- und Ordnungsdienste im Landesinnern, erst im Notfall unter Einsatz von Gewalt.

Es ist dies ein Erwartungsunterschied, der aufgrund bestimmter personeller beziehungsweise kultureller Prägungen verwischen kann. Dass das Risiko, gefilmt, identifiziert und diszipliniert zu werden, innerhalb der amerikanischen Polizeikultur von Gewalt abhält, erscheint aus europäischer Sicht grotesk, ist aber die Folge einer teilweise normalisierten Übergriffigkeit, die nach der bestehenden Beamtenkultur vor Ort vielleicht nicht als Verstoß erachtet wird. Die Solidarität in den Reihen der US-Polizei und die immer wieder zu hörende Rechtfertigung, man habe nur Befehle befolgt, bringen diese Normalisierung zum Ausdruck.

In der Rolle des Beobachters

Interessanter noch als die Entladung der Gewalt bei einzelnen Polizisten ist die Art und Weise, wie Kollegen als Beobachter danebenstehen. Wie in den Aufnahmen, die im Fall George Floyd zu sehen waren, kommt es regelmässig zu einer fast passiven Betrachtung der Dinge, wenn ein Einsatzkollege zuschlägt. Fast so, als habe man es hier mit einem geordneten Verfahren zu tun. Und auch die nachfolgenden Szenen sind interessant. Ist der Geschlagene wehrlos gemacht, legt man Handschellen an und drückt ihn an eine Autotür oder eine Hauswand.

Brutalität und Ordnung gehen hier nahtlos ineinander über. Der Regelverstoß wird zu einer Formalie. Man versteht irreguläre Staatsgewalt über diese Verbundenheit offizieller und inoffizieller Praktiken. Brisant daran ist nicht, dass ein formales Verfahren gar nicht mehr existieren würde (das tut es sehr wohl), sondern dass es «Hand in Hand» mit Brechungen und Beugungen vollzogen wird.

Diese Blickpunkte auf Massenunruhen und Polizeigewalt bieten lediglich erste Ansätze zur Einordnung der Vorgänge in den USA; beides wäre miteinander noch näher abzustimmen. Zur weiteren Versachlichung der Debatte, jenseits selektiver Lesarten, mag diese Optik etwas beitragen.

Marcel Schütz ist Research Fellow an der Northern Business School Hamburg und lehrt Soziologie an der Universität Bielefeld. Er fasst sich u. a. mit Regelabweichungen, Unfällen und Störungen.